

## Asylpolitik als britisches Wahlkampfthema

### *Schwarzpeterspiel mit der «Rassismus-Karte»*

Asylpolitik ist zu einem Hauptthema, Rassismus der beliebteste Vorwurf im britischen Vorwahlkampf geworden. Die Regierung Blair ist bemüht zu zeigen, dass sie das Problem der illegalen Einwanderung unter Kontrolle bekommt. Innenminister Straw tritt – anders als die Konservativen – für Lösungen auf europäischer Ebene ein.

*pgp. London, 25. April*

Offizielle britische Zahlen vom Mittwoch zeigen, dass sich die Einwanderung in das Vereinigte Königreich stabilisiert hat. Im März sind 5815 Asylgesuche gestellt worden, 5 Prozent mehr als im (kurzen) Februar, 13 Prozent weniger als im März letzten Jahres. Die sich abzeichnende Entwicklung ist der Labourregierung willkommen, weil sie der Behauptung der konservativen Opposition, die Grenzen Grossbritanniens würden immer durchlässiger, einigen Boden entzieht. Gleichzeitig sind die Behörden bemüht, härteres Durchgreifen gegen die illegale Immigration zu demonstrieren. Am Dienstag nahm die Polizei in einer Nacht-und-Nebel-Aktion in Southampton 118 «Illegale» und Schlepper fest. Tags darauf präsentierte Innenminister Straw auf dem Flughafen Heathrow den Medien neue Geräte zur automatischen Erfassung von Fingerabdrücken und zur Durchleuchtung von Lastwagen, die auch auf der französischen Seite des Kanaltunnels eingesetzt werden.

#### **Für stärkere Koordination in der EU**

Ebenfalls am Mittwoch erläuterte Straw in einer Rede vor der in London akkreditierten ausländischen Presse das britische Bedürfnis nach einer stärkeren Koordination der Flüchtlings- und Migrationspolitik im Rahmen der Europäischen Union. Dabei betonte der Innenminister die Bereitschaft Londons, über eine Quotenregelung zu verhandeln, sofern gleichzeitig das Prinzip der Asylantragstellung im Land des Eintritts in den EU-Raum durchgesetzt werde und auch mehr zur Ursachenbekämpfung der Migration in den Ausgangsländern getan werde. Nach britischer Vorstellung ist ein gemeinsames europäisches Asylsystem nicht durch einheitliche neue Gesetzgebung, sondern durch die Einführung von Mindeststandards für Asylpolitik und Asylpraxis und die gegenseitige Anerkennung der nationalen Verfahren anzustreben.

Dass Grossbritannien so grossen Wert, in

Straws Worten, auf die «Unterscheidung zwischen der anfänglichen Flucht vor Verfolgung und der späteren Fortbewegung in ein bevorzugtes Zielland» legt, hängt damit zusammen, dass der an der nordwestlichen Peripherie des Kontinents gelegene Inselstaat erst seit dem Fall des Eisernen Vorhangs in Osteuropa und den Kriegen auf dem Balkan zu einem Immigrationsland auch für nicht rein politische Flüchtlinge geworden ist. Anfang der neunziger Jahre verzehnfachte sich die Zahl der jährlichen Asylgesuche innert kurzer Zeit auf rund 40 000; letztes Jahr erreichte sie 70 000. An seiner eigenen Bevölkerung gemessen liegt das Land damit im europäischen Mittelfeld.

#### **Schlechter Vorgeschmack**

Nichts geschieht zurzeit in der britischen Politik ohne Blick auf die noch immer nicht offiziell ausgeschriebenen, aber nunmehr im Juni erwarteten Unterhauswahlen. Die in den meisten wirtschafts- und sozialpolitischen Bereichen von Labour an die Wand gespielten Konservativen versuchen die Regierung vor allem auf dem Feld der Asyl- und der Europapolitik anzugreifen. Sie haben dabei reichlich populistische und isolationistische Töne angeschlagen. Straws Rede verfolgte deshalb den doppelten Zweck, der Öffentlichkeit vorzuführen, dass die Debatte über echte und unechte Asylsuchende und angebliche Überfremdungsgefahr rational und pragmatisch geführt werden könne und dass für Grossbritannien vorteilhafte Lösungen auf Grund der Sachlage nicht im Alleingang, sondern auch mittels Zusammenarbeit auf europäischer Ebene gesucht werden sollten.

Was in den letzten Wochen zum Thema gesagt worden war, hatte in der Tat einen ungunstigen Vorgeschmack der bevorstehenden Kampagne gegeben. Die Parteien schienen darauf bedacht, in einem politischen Schwarzpeterspiel einander die verpönte «Rassismus-Karte» zuzuspielen. Die Tories machten dabei eindeutig die schlechteste Figur. Ein Unterhausabgeordneter gab Äusserun-

gen zur Einwanderung aus Commonwealth-Ländern von sich, die in Form und Inhalt an die Reden des Rassisten Enoch Powell in den sechziger Jahren erinnerten. Powell wurde damals von Edward Heath aus der Fraktion verstossen; Hague hielt es nicht für nötig, dessen Nachfolger im Geist zu tadeln, weil dieser sich nicht mehr zur Wiederwahl stellt.

### Seilziehen um ein Antirassismus-Gelöbnis

Wie Premierminister Blair, der Chef der Liberaldemokraten, Kennedy, und andere Parteiführer hat Hague, dem persönlich niemand rassistische Neigungen vorwirft, am 14. März eine von der offiziellen Kommission für ethnische Gleichheit initiierte Übereinkunft unterschrieben. Darin geloben die Politiker, im Wahlkampf Worte und Taten zu unterlassen, welche die Feindschaft zwischen Gruppen verschiedener Rasse, Nationalität oder Religion schüren könnten, und gegen Parteimitglieder vorzugehen, die sich solche Verfehlungen zuschulden kommen lassen. Erst danach, also anders als vor den Wahlen 1997, forderte die Kommission auch alle Kandidaten dazu auf, die Erklärung persönlich zu unterschreiben. Viele Konservative, aber auch etliche Labourkandidaten unterliessen dies; drei konservative Unterhausabgeordnete, die sich ausdrücklich weigerten, wurden von der Kommission an den Pranger gestellt. Die Tory-Führung warf der Kommission

deshalb vor, sich parteiisch zu verhalten und Labour zu Diensten zu sein. Hague beteuerte, seine Unterschrift als Parteichef binde alle Konservativen. Das hätte, wenn seine Autorität ausser Zweifel stände, zur Glättung der Wellen genügt.

### Tadel für Labour und Liberaldemokraten

Nicht zu Unrecht musste die Labourpartei sich von neutraler Seite vorhalten lassen, aus den Windungen der Tories billiges wahlpolitisches Kapital zu schlagen. Die linke Tageszeitung «The Guardian» wies darauf hin, dass die Regierungspartei heute nicht mehr Angehörige ethnischer Minderheiten in Verantwortungpositionen gebracht habe als in den achtziger Jahren und dass 8 von 10 neuen farbigen Unterhauskandidaten Labours in völlig aussichtslosen Wahlkreisen aufgestellt worden seien. Und selbst der liberaldemokratische Parteichef Kennedy blieb vom Tadel nicht ausgenommen: Er trieb die politische Korrektheit etwas gar weit, als er von Hague verlangte, die Unterschriftsverweigerer aus Fraktion und Partei auszustossen. Besorgte Kommentatoren fragen, wie nach einem solchen Vorspiel der eigentliche Wahlkampf ausfallen wird, der unter dem schlechten Stern eines anscheinend bereits feststehenden Resultats steht.